

Blickpunkte

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **72 (1992)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **05.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Finanzpolitik – nichts gelernt?

In den öffentlichen Haushalten auf allen Ebenen der Eidgenossenschaft wird es enger, insbesondere in jenem des Bundes. Nach einer Reihe von (relativ) guten Jahren beginnt sich das Blatt nun wieder zu wenden. Handelt es sich bei den im Zeitlauf auftretenden Pendelbewegungen zwischen Überschüssen und Defiziten, die einem nach *oben* gerichteten Pfad folgen, um gleichsam naturgesetzliche Erscheinungen? Natürlich nicht! Was in den öffentlichen Haushalten passiert, ist hundertprozentig «men-made». Deshalb wiederholen sich auch in enervierender Weise die Argumente, was eigentlich gegen eine Defizitwirtschaft getan werden sollte und könnte. Was heute im Parlament in Bern aufgetischt wird, gleicht denn auch aufs Haar den Debatten, wie sie bei den letzten «Sparanstrengungen» vor einigen Jahren durchexerziert worden waren: verbale Variationen des immer gleichen Themas. Die Klassiker der Aufklärung gingen einst von der optimistischen Annahme aus, dass der Mensch *vernunftbegabt* und *lernfähig* sei. An der Finanzpolitik lässt sich zeigen, dass dieser These offenbar *nicht generelle* Gültigkeit zugesprochen werden kann. Wie sonst wäre es zu erklären, dass es auch nur einigermaßen zielkonformes Handeln auf diesem Felde besonders schwer hat? Die soziale Kosten verursachenden Partialinteressen besitzen allemal wesentlich grössere Chancen, sich im parlamentarischen «Schlagabtausch» durchzusetzen. Parlamente scheinen schlicht unfähig geworden zu sein, die Finanzen des Staates nach Grundsätzen

zu verwalten, die dem *öffentlichen Interesse* entsprechen. Und das Lernen aus den Fehlern der Vergangenheit ist offensichtlich nicht zu den bevorzugten Tugenden der Finanzpolitiker zu zählen.

Einige Beispiele aus einer grösseren Auswahl? Die *Ausgaben* sind in der Vergangenheit – wieder einmal – wesentlich *schneller gewachsen* als die Gesamtwirtschaft, obwohl sich die gleichen Leute, die dies zu verantworten haben, auf die Devise eines «*staatsquotenneutralen Ausgabenverhaltens*» verpflichteten. Und der das Ausgabenwachstum beschleunigende Schub stammt nicht zuletzt von einem im Parlament zur Gewohnheit gewordenen Spiel, nämlich die bundesrätlichen Anträge im «Je-kami»-Stil noch zu *überbieten*. «Konsequenterweise» hat es der Ständerat im Rahmen der Spardebatte denn auch abgelehnt, sich durch die Einführung einer *Ausgabenbremse* (Qualifiziertes Mehr bei Überschreiten der bundesrätlichen Anträge) sozusagen selbst zu entmündigen. Seine Potenzen manifestieren sich auf der Ausgabenseite. Und es mag deshalb wohl auch niemanden mehr zu erstaunen, dass die vom Bundesrat vorgelegten Sparkonzepte nach Strich und Faden zerzaust werden. Mit dieser Mentalität kann nur ein an überdurchschnittlichem Optimismus leidender Zeitgenosse von der Erwartung beschlichen werden, es könnte möglich sein, die Bundesfinanzen in absehbarer Zeit wieder ins Lot zu bringen.

Was sind die Konsequenzen? Ein zunehmender *Druck auf die Steuern* sowie auf die *Verschuldung* – *nota bene* in

einer Zeit hoher Zinssätze. Offenbar erkennen die Parlamentarier darin keinen Widerspruch zu den von ihnen immer wieder vorgetragenen rhetorischen Übungen in bezug auf die Verbesserung der *wirtschaftlichen Rahmenbedingungen*; sie wäre, wie jedermann inzwischen weiss, mit Blick auf das unfreundlicher gewordene internationale Wettbewerbsklima, die Überwindung der Konjunkturflaute und die Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit *dringend geboten*. Die Wirtschaft braucht ein Fitness-Training. Zur Bereitstellung eines optimalen Parcours gehört auch die *Anpassung des Steuersystems* an die Funktionsbedingungen einer Marktwirtschaft sowie ein vorsichtigerer Umgang mit der Steuerquote. Deshalb ist eine Verteuerung des Verkehrs aus Gründen der Haushaltsanierung ebenso falsch wie eine Erhöhung der Eigenmiete unter den gegebenen konjunkturellen Bedingungen für die Bauwirtschaft fatal ist.

Der Staat habe, so tönt es immer wieder von der politischen Bühne, praktisch

kaum mehr irgendwelche Sparmöglichkeiten. Das sind natürlich Unkenrufe, die *Abwehrreflexe* spiegeln. Niemand, der ernst genommen werden will, kann die Behauptung aufstellen, in einem Haushalt von nun über 30 Mia. Franken gäbe es kein Fett, das ohne Schaden für die Gesellschaft und die Wirtschaft herausgeschnitten werden könnte. Und was ist in diesem Zusammenhang eigentlich vom *Submissionswesen* zu halten? Nach neueren Schätzungen übersteigen seine Kosten zulasten der öffentlichen Finanzen nun das Niveau der Landwirtschaftssubventionen. Wer drastischen Anschauungsunterricht zu diesem Thema sucht, kann ihn im Bericht der Kartellkommission «Das Submissions- und Einkaufswesen in Bund, Kantonen und ausgewählten Gemeinden» (Nr. 2) aus dem Jahre 1988 finden. Der Bericht ist nach wie vor *aktuell*, weil er ausser Aufmerksamkeit und Kopfschütteln nichts bewirkt hat. Keine Sparmöglichkeiten? Neben dem fehlenden Willen steht in der Finanzpolitik auch die *Phantasielosigkeit*.

Willy Linder

Ist alles anders?

Tempora mutantur, nos et mutamur in illis. So haben wir es im Gymnasium gelernt und seither mehr oder weniger treffend in mannigfaltigsten Varianten zu hören bekommen. Dass die Zeiten sich geändert hätten, gehört derzeit ins Repertoire jedes Redners und Artikelschreibers, der sich in irgendeinem Zusammenhang auf die globale Situation

bezieht. Die *Zeitenwende* wird mit dem Mauerbruch datiert, der das Ende einer Phase bedrohlicher Hochrüstung, aber auch einer einigermaßen stabilen Patt-Situation der grossen Machtblöcke in Europa einleitete. Eine jahrzehntelang auf hohem Stand gehaltene militärische Bereitschaft beider Seiten war plötzlich obsolet geworden, die militante ideolo-

gische Konfrontation, nicht zu Unrecht kalter Krieg genannt, in sich zusammengefallen.

Es hat sich gewiss einiges verändert, die Gegebenheiten in unserer engeren Umwelt jedenfalls, die Zeiten vielleicht auch – aber wir mit ihnen? Die konkrete, in Divisionen und Vorwarnzeiten messbare *machtpolitische Bedrohung* hat sich – vorerst einmal – verflüchtigt, die schon länger eingeleiteten Bemühungen um Abrüstung, Friedenssicherung und grossräumige Sicherheitsstrukturen geben zu weiterführenden Hoffnungen Anlass, die grenzüberschreitenden *Umweltgefährdungen* durch überbordenden Ressourcenverbrauch und Risiken der Technologie erfordern eine verstärkte Zusammenarbeit, und die *wirtschaftliche Integration* fördert den Abbau nationaler Grenzen und den Ausbau der europäischen Gemeinschaft. Doch gleichzeitig nimmt die *Neigung zur Gewaltanwendung* zu, sowohl im Alltag zivilisierter Gesellschaften wie in den Auseinandersetzungen von Völkern und Volksgruppen etwa auf den ehemals jugoslawischen und sowjetischen Territorien. In den Wanderungsbewegungen, die ganz Westeuropa überfluten, mischen sich existentielle Not und organisierte Kriminalität in nur schwer kontrollierbarer Weise. Friede, Ordnung und Wohlstand sind für viele Menschen noch immer Wunschträume.

Eigentlich bestreitet das niemand, und kaum jemand wird die neuen Zeiten so ohne weiteres für besser halten als die alten. Um so merkwürdiger mutet der sehr selektive *Zweckoptimismus* an, der je nach Neigung in der Sicherheitspolitik, in der Wirtschaftspolitik oder in der Europapolitik zelebriert wird. Weil alles anders ist, könnten die einen ohne weiteres auf die Armee, andere auf alle staatlichen Regulierungen und wieder

andere auf die nationale Identität verzichten. Nicht minder übertrieben andererseits – und oft gleichzeitig – der *pessimistische* Ausschlag: Beschwörung des ökologischen Weltuntergangs, ökonomische Katastrophenszenarien, Furcht vor totaler Isolation.

Wer solcherart nur auf Veränderungen starrt und meint, dass «alles anders sei», droht die Orientierung zu verlieren. Er übersieht die Konstanten, die in vermeintlich völlig neuen Situationen immer wieder zum Vorschein kommen und die plausibel werden, wenn *historische Erfahrungen* zu Rate gezogen werden. Sind im neuen Europa nicht wieder Muster des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts zu erkennen, haben ethnische und nationale Konflikte und Souveränitätsregungen ihre Wurzeln nicht in Entwicklungen, die man längst der Geschichte zurechnete? Und schlägt das Pendel in der eidgenössischen Politik nicht immer wieder zurück zu den «alten» Fragen der Rechte der Bürger, der föderalen Ordnung und der Grenzen der Staatstätigkeit? Idealistische Visionen oder Utopien, die heute gerne unter Berufung auf veränderte Zeiten angeboten werden, verraten oft nicht nur ideologische Befangenheit, sondern vor allem einen erschreckenden Mangel an historischer Perspektive.

Wer doktrinär verkündet, kriegerische Auseinandersetzungen seien in unseren Gefilden nicht mehr denkbar, die unzeitgemässe Neutralität habe endgültig ausgespielt, die Weichen für den europäischen Schnellzug seien definitiv gestellt und der Brüsseler Fahrplan erlaube keine Abweichungen mehr oder die Schweiz habe nur noch zu wählen zwischen Anpassung und Selbstaufgabe, findet für solch starke Worte zweifellos ein dankbares, weil verunsichertes Publikum. Aber die Zeiten haben sich

eben nicht *einmal* geändert, sondern ändern sich laufend in einem *kontinuierlichen Fluss*. Wer Weiterentwicklungen, Verzögerungen, Störungen und Rückfälle ausschliesst, wird morgen der Prophet von gestern sein. Wir dürfen und müssen mit verschiedenen Szenarien rechnen, mit *Alternativen und Optionen* arbeiten. Jeder Wandel, und sei er noch so spektakulär, wird geprägt von Kon-

stanten, und seien dies «nur» die Verhaltens- und Reaktionsweisen des Menschen, der sich so schnell nicht ändert. Unzweifelhaft muss sich die Schweiz heute stärker als bisher an den Vorgängen und Entwicklungen im europäischen Umfeld orientieren. Wenn wir dabei auch unsere historische Erfahrung nutzen, wird dies uns nicht hinderlich, sondern förderlich sein.

Ulrich Pfister

Der EWR, die EG und die ziemlich intelligente Fliege

James Thurber wird die folgende Fabel zugeschrieben:

«Es war einmal eine riesige Spinne mit einem wunderschönen Netz für das Fangen von Fliegen. Jedesmal wenn eine Fliege darauf landete, verspeiste sie sie fein säuberlich, damit andere Fliegen denken würden, das Netz sei ein ungefährlicher Landeplatz.

Eines Tages kam eine relativ intelligente Fliege und kreiste so lange über dem leeren Netz, bis die Spinne erschien und sie zum Landen aufforderte. Aber die Fliege war schlauer als die Spinne und sagte: «Ich lande nie, wo ich keine andern Fliegen sehe, und in deinem Hause sehe ich keine Fliegen.» Darauf flog sie weg, bis sie zu einem Ort kam, wo eine Menge anderer Fliegen versammelt waren. Sie wollte gerade landen, da kreuzte eine Hummel auf und sagte: «Halt, du Dummkopf, das ist Fliegenpapier. Alle diese Fliegen sind gefangen.» – «Sei kein Narr», sagte die Fliege, «sie tanzen.» Dann setzte sie auf...»

Thurber zieht aus der Fabel zwei Lehren, die wirklich intelligente Fliegen nur zu ihrem Schaden ignorieren.

Die erste lautet: *«There is no safety in numbers...»*, eine Warnung an alle Fliegen, dass der grössere Verband nicht immer der bessere sein muss, vor allem nicht, wenn er ein Fliegenpapier ist. Gibt es da aber nicht einiges an Fliegenpapier in der Umgebung der Schweiz? Oder kann man aus der EG ebenso leicht auswie eintreten? Eine Landung auf solchem Gelände will jedenfalls wohl überlegt sein.

Welche Gründe hat die Schweiz, auf dem Euro-Fliegenpapier aufzusetzen?

Drei Motive werden am häufigsten genannt (die altruistischen und ideellen lassen wir hier weg):

1. Das Ertüchtigungsmotiv: Die EG ist in dieser Sicht das *Fitness-Center*, das die Schweiz wettbewerbsfähig und weltmarkttauglich machen soll. Die intelligente Fliege wird sich fragen, ob es nicht auch *Hometrainer* gibt, und ob die Schweiz die Fenster nicht auch selbst öffnen könnte. Und: Ist die EG wirklich der Fitnessraum, den man in ihr sieht; oder ist sie vielleicht nur ein Raum in dem andere Industrien (jene, die die Technologie-Prognostiker als «high-

tech»-Schlüsselindustrien betrachten) und andere Regionen (der Mittelmeerraum) gehätschelt werden. Wie wird sich der Fitness-Trainer z. B. verhalten, wenn die Automobilindustrie trotz oder wegen der EG-Industriepolitik in Schwierigkeiten gerät? Wie ist eigentlich der *track record* der ältesten Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl?

2. Das Imageargument: Es entspringt aus der Furcht, durch Abseitsstehen unangenehm aufzufallen. Welches Abseitsstehen ist hier wohl gemeint? Doch in erster Linie jenes beim Zahlen. Die intelligente Fliege wird sorgfältig abwägen müssen, ob dieser Imageverlust nicht die Ersparnis wert sein könnte.

3. Das Outsiderargument: Diesem Argument liegt ein EG-Modell zugrunde, gemäss welchem die EG ein weltwirtschaftspolitischer Block ist, der sich im Wirtschaftskrieg gegen den Rest der Welt befindet und die Aussenseiter, namentlich jene, die keinem Block angeschlossen sind, für ihr Aussenseitertum mit Repressalien bestraft. Das Mo-

dell könnte zutreffend sein. Die intelligente Fliege dürfte sich deshalb um so eindringlicher fragen: Ein Verband, der Aussenseiter, namentlich die kleinen, wehrlosen, mit Schikanen bestraft, gleicht stark einem Kartell. Nun sind Kartelle, in die man frei ein- und austreten kann, nach aller Erfahrung relativ harmlos. Ist es aber weise, einem Verband beizutreten, der, wie man uns versichert, Aussenseiter systematisch behindert, und aus dem man nicht austreten kann? Wie wird er die Fliegen behandeln, die sich nach dem Beitritt in ihren Meinungen und Interessen als «innere Aussenseiter» profilieren?

Es wäre indessen leichtsinnig, nur den ersten Teil der Moral zu beachten. Im vollen Wortlaut lautet die Moral nämlich: *«There is no safety in numbers, or in anything else.»* Wirklich intelligente Fliegen werden sich auch diesen Nachsatz merken. Intelligenz und Selbsterneuerungsfähigkeit sind auch – und namentlich – dann vonnöten, wenn man sich nicht auf das Fliegenpapier setzt.

Jörg Peter Baumberger

«Offene Märkte und freier Wettbewerb schaffen Arbeitsplätze und Chancen. Leicht zugängliche Märkte bieten den Menschen die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu entfalten. Sie stellen die besten Chancen für die Armen dar. Freie Märkte sind auch untrennbar mit den anderen Formen der Freiheit verbunden, die sich am Ende des 20. Jahrhunderts nicht nur in Osteuropa, sondern auch in Lateinamerika, Afrika und Asien ausbreiten. Die Einschränkungen, die die Bürger daran hinderten, wirksam am Markt teilzunehmen, sind für das Versagen der zentral geplanten Wirtschaften in Osteuropa und für die zu langsame Entwicklung vieler Entwicklungsländer verantwortlich.»

Stephan Schmidheiny:
Kurswechsel, globale unternehmerische Perspektiven
für Entwicklung und Umwelt, Artemis & Winkler,
München 1992.